

**Zeitschrift:** Der klare Blick  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 2 (1961)  
**Heft:** 28

**Vorwort:** 72000 statt 200 ; Friede ist nicht gratis  
**Autor:** Sager, Peter

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

*Abbau des föderativen  
Gedankens in der UdSSR (3)*

*Autostop-Coupons (6)*

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit  
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger

Verwaltung: Oswald Schürch

Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern

Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

2. Jahrgang, Nr. 28

Bern, 19. Juli 1961

Erscheint wöchentlich

## Unsere Meinung

### 72 000 statt 200

Im Jahre 1959 reichte das Initiativkomitee gegen atomare Aufrüstung eine von über 72 000 Staatsbürgern unterzeichnete Initiative ein, die folgenden Text aufwies: «Herstellung, Einfuhr, Durchfuhr, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen aller Art, wie ihrer integrierenden Bestandteile, sind im Gebiet der Eidgenossenschaft verboten.»

Diese Initiative kam weniger als drei Jahre nach dem ungarischen Freiheitskampf zustande. Damals, 1956, verzichteten die kompromisslosen Pazifisten zeitweilig auf ihre Aktionen. Später glaubten sie, dank dem kurzen Gedächtnis der öffentlichen Meinung wiederum zu Erfolg gelangen zu können.

Die kommunistische Gefahr hat sich aber seit diesen Tagen nicht vermindert, sondern vergrössert.

In einem Bericht an die eidgenössischen Räte empfiehlt der Bundesrat Verwerfung dieser Initiative in der dafür notwendigen Volksabstimmung. Richtigerweise betont der Bundesrat, dass er die Bestrebungen auf Abrüstung, internationale Kontrolle der Rüstungen und Abschaffung der Atomwaffen unterstütze und sich unter Umständen an einer entsprechenden Vereinbarung beteilige.

Damit ist ein für unser Land ausserordentlich wichtiger Entscheid gefallen. Der eingehende Bericht des Bundesrates ist ein staatsmännisches Dokument, dem die grösste Bedeutung zukommt. Es muss mit allem Nachdruck gefordert werden, dass dieses Dokument im ganzen Land durch alle Staatsbürger aufmerksam gelesen und studiert wird. Es wäre zu wünschen, dass die Bundesversammlung den Bericht in zureichender Anzahl jeder Schule zugänglich macht, damit er im staatsbürgerlichen Unterricht verwendet werden kann. Ein staatsbürgerlicher Unterricht, der diesen Bericht nicht in die Vorlesung einbezieht, würde seiner Aufgabe kaum gerecht.

Die Initiative, die erstaunlich viele Unterschriften erreichte, wurde unter anderem aus pazifistischen Kreisen unterstützt. Mit allem Verständnis für deren Ueberlegungen muss klar festgestellt werden, dass die gute Absicht nicht notwendigerweise zum guten Ziel führt, ja, dass der kompromisslose Pazifismus sogar den Krieg fördern kann. Wir können uns hierbei selbst auf Karl Barth berufen, der in einem Brief an eine holländische Vertreterin des Vereins «Kirche und Frieden» am 28. Oktober 1938 ausführte: «Wenn das Programm Kirche

und Frieden' im Sinn einer kirchlichen Bejahung eines unbedingten Pazifismus zu verstehen war, dann war es theologisch von Anfang an unmöglich... (Die Kirche) kann sich also nicht darauf festlegen, dass dieser Friede durchaus und unter allen Umständen darin bestehen müsse, dass nicht geschossen wird... Um des gerechten Friedens willen darf die Kirche dem Staat nicht wehren, das Schwert zu führen... Wenn der Staat den Frieden nicht mehr anders schützen kann, dann muss er ihn mit dem Schwert schützen...»

Diese Worte sind beherzigenswert, vor allem durch jene Kreise, die sich der Einsicht in die bitteren Notwendigkeiten unserer Zeit mit der Berufung auf Karl Barth entziehen wollen.

\*

NB.: Der Bericht kann von der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialverwaltung, Bern-Bundeshaus, zum Preis von 75 Rappen oder auszugsweise vom Schweizerischen Ost-Institut kostenlos bezogen werden.

## Unser Kommentar

### Friede ist nicht gratis

Die Sowjetunion, die sich dank der Kurzsichtigkeit, Unentschlossenheit und mangelnden Einheit in der freien Welt sehr stark fühlt, will in Berlin eine Entscheidung erzwingen. Das führt unumgänglich zu einer politischen Krise, die schwerer sein dürfte als alles, was wir seit 1945 erlebt haben.

Es geht dabei nicht nur um die Stadt Berlin, um deren Bewohner oder ihr Wirtschaftspotential. Es geht um das grösste Symbol des erfolgreichen Kampfes für die Freiheit, das die freie Welt seit Kriegsende zu schaffen imstande war. Wir haben es der beispielhaft mutigen Berliner Bevölkerung zu verdanken, dass dieses Symbol besteht.

Als 1948 die sowjetische Blockade die Versorgung Westberlins unterbrach, als wegen der mangelnden Milch die Sterblichkeitsziffer der Säugling in die Höhe schnellte, als trotz Hunger nur 1 Prozent der Westberliner das Kartoffelgeschenk der Sowjetunion annahm, da wurde dieses Symbol errichtet. Wegen der eindeutigen Haltung der tapferen Berliner, unterstützt vor allem durch die amerikanische Luftbrücke, gelang es, den sowjetischen Vormarsch aufzuhalten. Und dieses Symbol besagt, dass immer, wenn wir eine solche Haltung einnehmen und die nötigen Opfer nicht scheuen, die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit stärker ist und den Sieg davonträgt.

**Wer dem Kampf gegen das Uebel ausweicht, die Landesverteidigung in ihrer letzten Konsequenz ablehnt, schiebt im Grunde genommen diese harte Pflicht lediglich auf andere ab, entlastet sein Gewissen auf Kosten anderer. In einer solchen Haltung liegt neben achtenswerten Beweggründen auch eine Flucht aus der Verantwortung.**

Aus dem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Initiative über Atomverbot.

Manch einer mag sich die Frage stellen, ob Berlin einen Krieg wert sei. Solche Fragen sind schon oft gestellt worden. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hiess es ähnlich: der Danziger Korridor ist kein Krieg wert. Das war damals falsch und ist es heute noch.

Es geht um mehr als um Berlin. Wenn wir nun diese Stadt dem vermeintlichen Frieden opfereten, wäre die Freiheit des Westens keinen Deut mehr wert. Der schliessliche Sieg des Kommunismus wäre nicht mehr aufzuhalten. Denn wir hätten den Frieden nicht gewonnen, aber unser wichtigstes Symbol verloren, und damit den Einsatz, der seit Kriegsende für diese Insel im Ostblock geleistet worden ist, völlig entwertet. Durch eine Aufgabe Berlins würden wir Friede, Freiheit und Gerechtigkeit verraten.

Wir zitieren nochmals Karl Barth, der vor 13 Jahren auch für diese heutige Frage Gültiges ausgesagt hat: «Die Diktatur ist das ausgesprochene Regiment der bewussten und planvollen Ungerechtigkeit und Unfreiheit. Die Diktatur ist als solche die Bedrohung des rechten Friedens. Im Zeitalter der Diktaturen muss die Kirche in allen noch nicht von ihnen beherrschten Ländern mit dem Willen zum rechten Frieden auch die Bereitschaft zu dessen Verteidigung gutheissen und fordern. Sie hat um des Evangeliums den demokratischen Staat aufzurufen, um jeden Preis, auch um den von Not und Untergang, starker Staat zu sein, das heisst: den Diktaturen an seinen Grenzen mit allen Mitteln Halt zu gebieten. Und sie hat ihren Gliedern um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums zu sagen, dass es etwas gibt, das schlimmer ist als Sterben und als Töten: das freiwillige Jasagen zu der Schande der Herrschaft und des Antichrist.»

Und nun die Frage an jeden einzelnen von uns. Sind wir bereit zum Neinsagen zu der Schande der Herrschaft des Antichrist, die schlimmer ist als Sterben und als Töten?

*Peter Sager.*